

KLARTEXT

Bürgerzeitung für das Rhein-Main-Gebiet

Oktober/November 2022

Ausgabe 3

Der selbstverschuldete Energie-Preis-Schock Zynische Einsparvorschläge von Großverdienern

Viele Menschen in Deutschland sind die Energiepartipps der Politiker leid. Ratschläge, die weit über die politische Rahmgestaltung hinausgehen und sich in das Privatleben der Bürger einmischen; von der Duschbrause über die Raumtemperatur und – seit neuestem – die richtige Waschlappen-Handhabung. Sie sind der verzweifelte Versuch, vom eigenen Versagen auf allen Ebenen der Energiepolitik abzulenken.

Statt sich ins Privatleben der Bürger einzumischen, haben Politiker die Rahmenbedingungen für Wohlstand und Sicherheit zu schaffen. Aber was soll man von Berufspolitikern erwarten, die nicht selber einen Tag in der freien Wirtschaft gearbeitet haben? Politiker haben längst jedes Gefühl für Familien verloren, welche schon jetzt am Existenzminimum leben.

Das Hauptproblem für diese Energiekrise sind die Sanktionen und das politisch verknappte Angebot an Öl, Gas und Kohle. Hier gilt es einmal schonungslos Bilanz zu ziehen:

Spätestens mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar war ein Energieproblem offensichtlich. Seitdem sind acht Monate vergangen. Neue Partner im Energiebereich wurden nicht gefunden, der groß verkündete Mega-deal mit Katar ist geplatzt, Norwegen liefert bereits an der Kapazitätsobergrenze.

Es fehlt sowohl Kanada, USA als auch Deutschland an Terminals, um das dortige LNG-Gas zu verladen, als auch an Schiffen, um den Energiebedarf Deutschlands zu decken. Wenn Erdgas von den Grünen nur als Brückentechnologie für 20 Jahre bezeichnet wird, will niemand hier investieren! Europäische Partner hingegen wundern sich über die grüne Energieideologie aus Deutschland.

Während vor allem Frankreich, aber auch viele andere (osteuropäische) Länder auf die Kernenergie setzen, wird von Habeck & Co. der Irrglauben vertreten, es mit "Gassparen" hinzubekommen. Die EU kann nur Verbote und Embargos aussprechen, aber keine Zuteilung bestimmen. Die verkündete SOS-Verordnung gegenseitiger Energiehilfe greift aber erst, wenn die Industrie bereits stillsteht.

Selbstverschuldete grüne Energiekrise

Am schlimmsten aber ist die selbstverschuldete Energiekrise durch die grüne Politik in Deutschland: Insgesamt gibt es vier Erdgaspipelines, die von Russland nach Europa verlaufen: Nord Stream 1 und 2, Jamal und Transgas. Transgas mit einer Kapazität von 120 Milliarden Kubikmeter läuft nur noch mit einem Drittel der Kapazität. Nord Stream 1 läuft bei weniger als 20%



Bild: Freepic

der Kapazität mit der Begründung: „Nicht-Auslieferung der Turbine“. Nord Stream 2 will die deutsche Regierung nicht zulassen.

Aber jetzt wird es interessant: Aus der Jamal-Pipeline fließt über Weißrußland seit dem 21. Dezember 2021 fast kein Gas mehr nach Deutschland – also noch vor dem Ausbruch des Ukraine-Krieges! Warum? Weil die Jamal-Pipeline von uns im "Rückwärtsgang" betrieben wird, um Polen mit billigem Gas zu versorgen. Die Gasverträge mit Russland wären dort 2022 ausgelaufen, deswegen hat sich Polen entschieden, russisches Gas von Deutschland zu kaufen. Deutschland verkauft das wenige Gas, das es selbst über Nord Stream 1 bekommt, an Polen weiter!

Gazprom hat am 26. April 2022 die Gaslieferungen über die Jamal-Pipeline offiziell eingestellt, weil Gas ja nur in eine Richtung fließen kann. Gleichzeitig wurde so viel Gas verstromt wie nie zuvor, weil Frankreich unsere Gasspeicher leert. Diese selbst geschaffene Angebotsverknappung und die Abhängigkeit anderer Länder von unseren Gasspeichern lässt die Preise explodieren und zwingt die Versorger, diese Preissteigerungen an uns Verbraucher weiterzugeben. Gleichzeitig werden bei uns ganze Industriezweige in die Insolvenz und Fa-

milien in die Armut getrieben.

Es liegt also nicht am „bösen Russen“, der kein Gas liefern möchte: Wenn deutsche Bürger im Winter frieren müssen oder ihre Gasrechnungen nicht mehr bezahlen können, dann liegt das einzig und allein an unserer unfähigen Regierung!

Wirtschaftsminister Habeck hat früher als Kinderbuchautor gearbeitet, jetzt macht er Erwachsenen-Märchen wie eine nötige Gasumlage und das „Frieren für den Frieden“. Auch das 1.000ste „Entlastungspaket“ wird die brutale Realität nicht verändern: Es ist zu wenig Gas im Angebot – selbstverknappt durch die deutsche Regierung. Eine Gasumlage führt nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern durch Inflation und Preisexplosion zu mehr Armut.

Und dabei kommt die große Teuerung erst noch: Energie steckt in fast jedem Produkt. Das Öl-Embargo hat Benzin und Diesel auf 2,30 €/l hochschießen lassen, der steuerfinanzierte Tank-Rabatt ist weg, der Gaspreis hat sich für Haushalte im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht. Und wir stehen noch vor der großen Heizperiode. Eine Inflation von knapp 10% bedeutet, dass in jedem Jahr ein Monatsgehalt an Kaufkraft verloren geht!

Ausweitung des Angebots als einzig sinnvolle Lösung

Deshalb gibt es nur eine Lösung: Die Ausweitung des Angebots – Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern, Kohleförderung hochfahren und Nord Stream 2 endlich öffnen.

Alles andere bedeutet nur: Die hohen Energiepreise sind gewollt! Waren es nicht die Grünen, die dereinst 5 DM für den Liter Benzin haben wollten? Das Ziel ist inzwischen erreicht! Die Ampel-Koalition wird nur noch durch Existenzängste zusammengehalten. Die FDP droht aus dem Bundestag zu fliegen, Scholz wäre als SPD-Kanzler Geschichte, nur die Grünen könnten ihr Ergebnis halten – und einem Kanzlerkandidaten Merz ALLES abverlangen.

Der einzige Ausweg für die Regierung: Durchhalteparolen gegen den bösen Russen (mit dem man offenbar gar keinen Frieden bzw. Waffenstillstand schließen will) und Proteste in Deutschland pauschal als „rechtsradikal“ abstempeln. Dabei betrifft die Krise uns alle, und deshalb sollten wir auch – alle zusammen – JETZT auf die Straße gehen!

Gastautor: Tim Schnitger / Vollständiger Text abrufbar unter: <https://cutt.ly/ICBTTrs>

Editorial

zur 3. Ausgabe von Klartext-RheinMain

Liebe Leserinnen und Leser, die Probleme, die auf Europa und Deutschland zukommen sind groß. Firmen und Privathaushalte leiden unter den stark steigenden Preisen für Energie, Lebensmittel und Rohstoffe. Das Handelsblatt Research Institute (HRI) rechnet für dieses Jahr nur noch mit einem Wirtschaftswachstum von rund 1,6 Prozent in Deutschland – bei einer durchschnittlichen Inflation von 7 bis 8 Prozent. „Deutschland muss sich auf magere Jahre einstellen“, sagt HRI-Präsident Bert Rürup. Das war noch bevor unser Wirtschaftsminister und gelehrter Kinderbuchautor Robert Habeck bei „Maischberger“ eingestehen musste, dass er keine Ahnung davon hat, was eine Insolvenz ist. In der Zwischen-

zeit müssen mehr und mehr Unternehmen den Betrieb einstellen und genau diese anmelden!

Unsere ReGIERenden schnürten strohfeuerartige „Rettungspakete“, wie den Tankrabatt, die oft nicht gut durchdacht sind und nicht beim Verbraucher ankommen. In der Ukraine herrscht noch immer Krieg und in Armenien bahnt sich gerade ein neuer an. Durch die westlichen Sanktionen hat die Politik erreicht, dass Russland am Energiehahn dreht. Habeck und Baerbock haben mit blindem Aktionismus endlich erreicht, was sie im März/April dieses Jahres schon angekündigt hatten und bereits 2016 als Ziel vorformuliert hatten: „Deutschland lässt die russischen Energieimporte komplett auslaufen“ (Zitat Baerbock). Jetzt, wo Russland die Agenda der deutschen Politik erfüllt, empören sich die deutschen

Politiker und machen den „bösen Russen“ und den Krieg in der Ukraine für ihr eigenes Politikversagen, den Niedergang unserer Wirtschaft und unseres Landes verantwortlich.

Es ist doch schön, wenn man einen Schuldigen hat. Sicher lassen sich noch mehr Feindbilder finden. Dafür muss man nicht lange suchen. Wie wäre es mit den Ungeimpften, den Querdenkern (steht doch Corona für den Herbst bereits wieder in den Startlöchern) oder ganz einfach dem Wetter? Dem Wetter? Warum sollte das Wetter schuld sein? Warum nicht? Das Wetter ändert sich dauernd und liefert immer wieder neue Gründe für Unmut. Nicht geändert hat sich unser „Klartext“. Auch in Ausgabe 3 finden Sie wieder vielfältige Artikel zu bereits oben genannten Krisen, Gastbeiträge und allerhand Informatives

aus Politik und Alltag, regional und überregional. Uns ist wichtig, dass unsere Berichterstattung und Kommentierung vielfältig ist für das politische und gesellschaftliche Leben in der Region und als publizistische Konkurrenz zu den „etablierten Medien“.

Wie bereits Kant sagte: „Sapere Aude“ - Wage zu wissen. Schau hinter die Dinge. Traue nicht einfach dem Schein. Hinterfrage das Offensichtliche.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen viel Spaß beim Lesen der aktuellen Klartext-RheinMain. Ihre Redaktion

Trotz fehlender Wirksamkeit: neue Corona-Einschränkungen ab Oktober

Gesundheitsminister Lauterbach rudert nach scharfen Protesten, u.a. vom Hausärzterverband Hessen, zurück

Endlich wieder unbeschwert atmen, einkaufen, feiern, reisen: Seit dem Frühjahr waren die meisten Corona-Einschränkungen auch in Deutschland gefallen, wie zuvor schon in den meisten anderen Ländern weltweit. Für keine dieser Maßnahmen wie Maskenpflicht, Abstandsgebote, G2, G3, Geschäfts- und Schulschließungen konnte laut wissenschaftlicher Evaluationskommission des Bundesgesundheitsministeriums ein schützender Effekt nachgewiesen werden.

Aber Lauterbach lässt nicht locker: Zusammen mit Justizminister Buschmann hat er nun einen Gesetzesentwurf eingebracht, der vom 1. Oktober bis 7. April neue Einschränkungen für alle Bundesbürger vorsieht, während zahlreiche europäische Nachbarländer wie Frankreich, Dänemark, Niederlande, Österreich, Schweiz, Großbritannien, Italien, Griechenland und Spanien keine „Maßnahmen“ mehr für nötig halten.

Dass die Gesetzesvorlage und der spätere Beschluss weniger restriktiv ausfielen, als ursprünglich von Lauterbach vorgesehen, dürfte dem vielstimmigen Protest gegen seine Pläne zu verdanken sein, u.a. vom **Hausärzterverband Hessen**. In einem Pressestatement vom 16.08.2022 (1) kritisierten die erfahrenen Praktiker den ursprünglichen Entwurf des Ministers scharf, der selbst nie auch nur ein praktisches Jahr absolviert hat und laut Priv.-Doz. Dr. med. H. Schellong im *Ärztblatt* „nie bewiesen hat noch beweisen konnte, als Arzt qualifiziert zu handeln“ (2).

Die sogenannten „Inzidenz-Werte“ sind laut dem Hausärzterverband Hessen nicht geeignet, eine Überlastung des Gesundheitssystems anzuzeigen (Zur Erinnerung: Im ersten Pandemiejahr 2020 kam es zu einer historischen **Unter-auslastung der Krankenhäuser** (3)), ebenso wenig wie jahreszeitliche Festlegungen. Dennoch sollen nun im Winterhalbjahr u.a. **FFP2-Maskenpflicht** im ÖPNV und im gesamten Gesundheitswesen gelten. Und die Bundesländer können je nach „Inzidenz“ weitere Einschränkungen erlassen. Auch erneute „Lockdowns“ wurden nicht ausgeschlossen.

Lauterbachs gefährlicher Vorschlag, „Frühschimpf“ zu privilegieren, die sich alle drei Mo-



Bild: Freepic

nate entgegen den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission neu immunisieren lassen müssten, wurde nicht nur vom Hausärzterverband scharf kritisiert; die umstrittene Idee wurde aus der aktuellen Gesetzesvorlage ersatzlos gestrichen.

Auch **anlasslose Tests** in Schulen und am Arbeitsplatz lehnen die hessischen Hausärzte klar ab, sie führten ebenso wie die noch bestehenden Quarantäne- und Isolationsregeln (etwa durch den dadurch bedingten Personalausfall) „zu einer gefährlichen Belastung des Gesundheitssystems und zur Schädigung der Wirtschaft.“

Das erinnert an die scharfe Kritik der Coronamaßnahmen durch zwei weitere praxiserfahrene Experten, den langjährigen ehemaligen Leiter des Gesundheitsamtes Frankfurt am Main, Prof. Dr. René Gottschalk und seine Stellvertreterin Prof. Dr. Ursel Heudorf, die schon vor einem Jahr im Hessischen *Ärztblatt* 7/2021 geschrieben hatten:

„Keine umfangreichen Isolierungs- und Quarantänisierungsmaßnahmen aufgrund fragwür-

diger Tests, zu denen die Gesundheitsämter entgegen besserem (aber von der Politik konsequent ignoriertem) Wissen verpflichtet waren [...] Wesentlich ist, den Alarmismus endlich zu verlassen und Wissen statt Angst zu verbreiten.“ (4)

Hoffen wir, dass diese Stimmen der Vernunft endlich Gehör finden!

Gastautorin: Sonja, Logopädin aus Frankfurt

- (1) <https://www.hausaerzte-hessen.de/aktuelles-service/neues-vom-verband/403-statement-aenderung-infektionsschutzgesetz>
- (2) <https://www.aerzteblatt.de/archiv/56434/Der-Zweiklassenstaat-Sein-Stern-sinkt>
- (3) <https://www.aerzteblatt.de/archiv/218200/COVID-19-Pandemie-Historisch-niedrige-Bettenauslastung>
- (4) <https://www.laekh.de/heftarchiv/ausgabe/artikel/2021/juli-august-2021/zweiter-corona-sommer-und-dann>

Appell für den Frieden

Bereits 1991 wurde in der Ukraine ein Referendum über die Unabhängigkeit von Russland durchgeführt. Der schwebende Konflikt zwischen der Ukraine und Russland erreichte mit dem Überfall Russlands beginnend am 24.2.22 seinen vorläufig traurigen Höhepunkt.

Die Spirale der Gewalt wurde und wird von beiden Seiten und deren „befreundeten“ Parteien ständig befeuert. Aktuell feiern unsere Medien in glorifizierenden Bildern, wie deutsche Panzerhaubitzen und amerikanische Raketenwerfer abgefeuert werden. Im Internet werden Bilder von Mini-Drohnen gestreamt, die, beladen mit Sprengkörpern, auf gegnerische Soldaten gesteuert werden. Die Drohne sendet live bis zur Explosion und zeigt das Entsetzen im Gesicht des anvisierten Soldaten, bis dieses durch die Sprengung zerfetzt wird. Aktivitäten oder auch nur Bemühungen, Frieden zu stiften, finden sich dagegen keine. Ich glaube nicht, dass unsere Freiheit in der Ukraine verteidigt wird. So wenig wie in Afghanistan und anderswo auf der Welt - ganz im Gegenteil! Ich glaube nicht, dass dieser Krieg irgendeinen Nutzen haben wird. Für die Ukraine nicht und für uns schon gar nicht.

Unser über Jahrzehnte mühsam aufgebaute Wohlstand wird aufgegeben unter geopolitischen Machtspielen: Ein ganzes Land wird in diesem Stellvertreterkrieg zerstört, Millionen werden heimatlos, Hunderttausende werden getötet. Kriege haben noch nie zu einem guten Ergebnis oder auch nur zu einer Verbesserung von konfliktären Situationen geführt. Alle Parteien sollten sich besinnen, jegliche Kampfhandlungen SOFORT einstellen und Lösungen am Verhandlungstisch finden. Dies sollten wir von unseren Regierungen einfordern! Zu unserem Wohl und dem Wohl der Ukrainer.

Jeder Mensch, der sich im Rahmen seiner Möglichkeiten, seines Glaubens oder seiner Weltanschauung um Frieden und eine friedliche Lösung bemüht oder darum bittet, trägt mit seiner positiven Energie dazu bei, den Konflikt endlich zu beenden und noch Schlimmeres zu verhindern. Dies kann zu Hause erfolgen oder auch öffentlich, zum Beispiel bei den Montagsspaziergängen.

Autor: Andreas Baum

Eine Auswahl der dreisten Lügen - in den Leitmedien

- Putin ist an der Inflation schuld

Viel wurde bereits über Inflation und Deflation geschrieben und wie diese entstehen. Wie alles, was auf Märkten gehandelt wird, senkt ein steigendes Angebot den Preis. Je mehr es von etwas gibt, desto weniger ist es wert. Genau so ist das mit Geld. 2008 war die Welt bereits am Abgrund und das Weltfinanzsystem kurz vor dem endgültigen Kollaps. Nur ein Überfluten der Märkte mit Geld und die Herabsetzung der Zinsen auf Null, bzw. in den Negativbereich, hat den Kollaps verhindert. Seit 2012 fluten die Zentralbanken, allen voran die Europäische Zentralbank und die FED in den USA, die Märkte mit billigem Geld. Viele Jahre haben die Verbraucher nichts davon gemerkt, weil das Geld direkt in die Wertpapiermärkte geflossen ist und dort eine 10 Jahre währende Party ausgelöst hat. Jetzt ist das viele Geld auch bei den normalen Konsumgütern angekommen und damit bei den Konsumenten. Wir erleben gerade die Auswirkung von 10 Jahren exzessivem Geldschöpfen der Zentralbanken und das ist erst der Anfang. Glauben Sie nicht, die Inflation gäbe es wegen des Ukraine-Krieges und sie wäre vorbei, wenn der Ukraine-Krieg beendet ist. Die Wirtschaft kollabiert jetzt und es kommt weit Überleres auf uns zu, als Sie sich jetzt vorstellen können.

- Putin führt mit Hunger Krieg

Wie viel Weizen wird weltweit pro Jahr produziert? Es sind etwa 800 Millionen Tonnen. Wie viel davon produziert die Ukraine? Etwa 4 Millionen. Sie sehen, das ist nicht viel. Die USA produzieren richtig viel Weizen. Russland übr-



gens auch, das darf aber wegen der Sanktionen nicht international verkauft werden (zumindest im Westen). Nun könnten die 4 Millionen Tonnen aus der Ukraine ja dem scheinbar knapp gewordenen Weltmarkt zugeführt werden. Wie sieht es da aus? Wird denn im Kriegsgebiet erntet? Ja, tatsächlich hat die russische Regierung in den von ihnen besetzten Gebieten das Getreide ernten lassen, damit es nicht auf den Äckern verdorrt. Das zu verkaufen geht leider nicht, da Russland ja sanktioniert wird und der Export des Getreides so verhindert wird. Die russische Regierung hat angeboten, das geerntete Getreide der ukrainischen Regierung zur Verfügung zu stellen, damit diese es verkaufen

kann. Das geht leider auch nicht, weil das ukrainische Militär sämtliche Seehäfen der Ukraine am schwarzen Meer vermint hat, so dass dort kaum Schiffe fahren. Die Räumung der Minen will die Ukraine wiederum auch nicht, weil ja dann die Gefahr bestünde, dass Russland mit Kriegsschiffen vor diese Häfen fährt, um sie von See aus zu bombardieren. Die Ukraine könnte also dazu beitragen, die vermeintliche Knappheit an Getreide zu beseitigen, sie will es aber nicht. Wo, oder wie genau führt also Putin mit Hunger Krieg?

- Die Sanktionen wirken

Der Westen will unbedingt Erfolgsmeldungen aus der Ukraine, damit er der Bevölkerung

gegenüber weiter rechtfertigen kann, wie unglücklich wirkungsvoll all seine Maßnahmen sind, von den Sanktionen bis hin zur Lieferung schwerer Waffen. Wie oft haben Ihnen die Leitmedien in den letzten Wochen erzählt, die Sanktionen würden wirken? Abgesehen davon, dass die Mehrheit der Länder sich nicht an den Sanktionen beteiligt (siehe Karte), konnte Russland seit Beginn der Sanktionen einen Überschuss von 20 Milliarden Euro erwirtschaften. Und jetzt sagen Sie noch mal, die Sanktionen würden wirken. Der Rubel ist laut internationaler Finanzagenturen die stabilste und beste Währung weltweit in diesem Jahr, während der Euro im freien Fall ist und bereits unter einem Dollar rangiert. Und jetzt sagen Sie noch mal: „Die Sanktionen wirken!“ Ja, sie wirken. Aber nicht in Russland, sondern bei uns. Spätestens im Herbst, wenn es kalt wird und der Strom nicht mehr fließt, dürfen Sie sich an die inspirierenden Worte unserer unglaublich kompetenten Regierung und deren „Stimmvieh“ halten: Stinken ist besser als Duschen. Beim gemütlichen Fernsehabend halten zwei dicke Pullover übereinander auch warm. Kalte Wohnungen sind gesünder. Weniger Fleisch essen ist sowieso besser fürs Klima und weniger Auto fahren auch. Sie tun sich und anderen damit etwas Gutes.

Autor: Dirk Hüther

Bernie aus Australien spricht (mit) KLARTEXT

Das Sommerinterview

BERNIE ist ein "hessischer Bub" und lebt schon lange "DownUnder". Er berichtet regelmäßig aus Australien über die heraufziehenden, menschengemachten Katastrophen. Bernie spricht mit der Klartext-RheinMain-Redaktion u.a. über Impfagenda, Gesundheitskrise, Energiekrise, Wirtschaftskrise, Kriegsgefahr und die "Young Global Shapers" von Klaus Schwab WEF (World Economic Forum).

Seit 25 Jahren lebt Bernie Bebenroth in verschiedenen Orten in Australien, momentan in Townsville, Queensland. Er liebt das Land und die Menschen, wenngleich er auch an ihnen verzweifelt:

„Man hat hier einen Pfarrer verhaftet, weil er sonntags einen Gottesdienst gemacht hat. Man hat mit Gummi-Munition auf Demonstranten geschossen. Die Polizei hat Militärwaffen mit radioaktiven Strahlen gegen friedliche Menschen eingesetzt.“

„Hier marschierten Polizisten in Arztpraxen und nahmen Patientenakten mit. Ein Unding. Auch hier gibt es Grundrechte, aber die interessieren bei Corona keinen.“

„Der weltweite Wahnsinn verbindet uns“, sagt Bernie im Interview mit Chris Barth von Klartext-RheinMain. Hier noch eine Auswahl von

Themen, zu denen Bernie Stellung bezog:

Ein besonders grausames Beispiel von Coronamaßnahmen

„Vier Babys brauchten eine lebensrettende Behandlung in Melbourne, aber durften nicht dorthin geflogen werden wegen „Lockdown“. Das hat Andrews zu verantworten, der Premierminister von Victoria, einer der größten Bundesstaaten Australiens. Dieser sagte dann bei einer Pressekonferenz, dass er sich um alle Menschen kümmern müsse, die Corona bekommen könnten. Vier Babys sind gestorben wegen dem Unsinn. Und dieser Andrews wird laut den Umfragen mit einer satten Mehrheit von 59% wiedergewählt.“

Das Maskenschauspiel

„Die Politiker haben ihre Masken in den Hosentaschen, für eine Rede und die Kameras nehmen sie sie ab, da bekommen sie kein Corona und dann holen sie die Dinger wieder aus der Hosentasche raus und setzen sie vielleicht wieder auf, oder auch nicht. Aber wenn du als Bürger irgendwo ohne Maske erwischt wirst, gibt es ein saftiges Bußgeld. Es ist ein einziges Schauspiel. Dass die Menschen nicht begreifen, dass das alles Unsinn ist mit den Masken.“

„Pandemie der Ungeimpften“

„Hier in Australien werden die Ungeimpften an-

gefeindet, hier gab es Leute, die gesagt haben, die verbrauchen zu viel Sauerstoff, den sollte man denen wegnehmen.“

„Wir haben den katastrophalsten Krankenzustand, den wir jemals hatten, aber nicht wegen den Ungeimpften, sondern den Geimpften. Die liegen nämlich überproportional vertreten in unseren Krankenhäusern und müssen behandelt werden. Wir haben regelmäßig „Code Red“, das heißt, du kriegst keinen Krankenwagen, wenn du einen brauchst. Wir sind auf diesem Gebiet auf dem Niveau eines 'Dritte-Welt-Landes' angekommen.“

Der globale Konflikt USA gegen China

„Den Chinesen gehört ja schon halb Afrika, aber auch Australien. Der Flughafen von Darwin zum Beispiel, der gehört den Chinesen, die Hälfte des Flughafens von Melbourne. Die breiten sich überall aus.“

Kriegstourismus

„Jeder fährt zum Krieg. Das muss ein Superkrieg da sein in der Ukraine, weil jeder will da hin. Bono fliegt hin und macht Fotos beim Kaffeetrinken. Unser Premier fliegt da hin und spendet 100 Millionen Euro. Das ist doch alles Wahnsinn.“

„Die Leute müssen aktiv werden, es ist fünf nach zwölf“

Bernie appellierte an alle Kritiker, weiterzumachen und aktiv zu bleiben bzw. zu werden: *„Man sagt immer: Der Einzelne könne nichts bewegen, aber das stimmt nicht“, sagt Bernie und erzählt von seiner Veröffentlichung der New Global Leader Liste.*

„Klaus Schwab vom World Economic Forum rekrutiert seine Leute ja weltweit, „Young Global Leaders“ nennt sich das. Und die Namen dieser Leute stehen im Internet, teilweise auch mit Fotos. Und dann sucht man sich die raus, die in seiner Heimatstadt oder seinem Land leben - und man stellt ihre Bilder mit Kommentar ins Internet.“

Ich habe das vor ein paar Monaten gemacht und über 200.000 Klicks bekommen. Mittlerweile sind einige dieser Bilder und Namen von der Liste verschwunden. Ob das mit mir zu tun hat, kann ich nicht beweisen, aber die Möglichkeit liegt nahe.“

Das vollständige Interview kann bei uns im Telegramkanal (https://t.me/klartext_rheinmain/50) angesehen werden.

Autor: Chris Barth

Chinesisches Sozialkreditsystem in Europa?



Bild: Pixabay

Im italienischen Bologna wird aktuell das erste europäische Sozialkreditsystem entwickelt. Mit Belohnungen bei dessen Regeleinhalten werden hier Bürgerinnen und Bürger in dieses System gelockt.

Mit der App unter dem Namen „Smart Citizens Wallet“ soll vom Herbst an den Bürgern das Sammeln von Tugendpunkten ermöglicht werden. Wer zum Beispiel Müll trennt oder den öffentlichen Nahverkehr nutzt, der erhält Auszeichnungen in Form von Punkten. Diese können dann wie herkömmliche Bonuspunkte

für Waren und Dienstleistungen eingetauscht werden. *„Die App ist natürlich freiwillig und die Bürger können mit der Nutzung nur gewinnen“,* preisen die Behörden das Projekt. Wer kein Smartphone besitzt, wird von vornherein ausgeschlossen. Damit wird der Bürger erstmals in Europa sortierbar. Er wird eingeteilt in den guten, tugendhaften Bürger und den schlechten, zu tadelnden Bürger. Charakteristisch für derartige Projekte ist die krampfhaft Betonung der Datensicherheit, die angeblich an erster Stelle steht. Durch das Vortauschen einer Datensicherheit sollen den zukünftigen Nutzern die Ängste vor Missbrauch des Systems genommen werden.

Ist ein solches System in Deutschland auch möglich? Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat im August 2020 die Studie „Zukunft von Wertvorstellungen der Menschen in unserem Land“ veröffentlicht. Diese untersucht sechs unterschiedliche Zukunftsszenarien. Darin enthalten - das Szenario "Das Bonus-System"

So prognostizieren die Zukunftsforscher: *„In den 2030er-Jahren beginnt in Deutschland ein*

digitales, partizipativ ausgehandeltes Punktesystem, das Anreize zur Verhaltensänderung bietet.“ Im Zuge des Aufstiegs Chinas würde das Punktesystem als Instrument der Politiksteuerung weltweit mit einer Mischung aus Bewunderung und Ablehnung kontrovers diskutiert. Hierbei soll der Diskurs über eine grundsätzliche Politiksteuerung durch Punktesysteme mit Bonusanreizen mit demokratischen Spielregeln geführt werden. Hier soll in Zukunft, wie schon am aktuellen italienischen Beispiel erwähnt, das Prinzip der sogenannten Freiwilligkeit im Mittelpunkt stehen. Darin sind auch Hammersätze wie: *„Ähnlich wie Nichtwählerinnen und -wähler müssen die, die freiwillig auf ihr Wahlrecht verzichten, nun auch im Punktesystem mit den Entscheidungen der Mehrheit leben.“* Die Verfasser der Studie geben hier freimütig zu, dass das sogenannte „Prinzip der Freiwilligkeit“ von den Gegnern des Punktesystems dann als „Augenwischerei“ bezeichnet werden würde. Stichwort Klima: Das Verursacherprinzip würde durch das Punktesystem transparent gemacht. Zudem erweise sich das Punktesystem, angesichts der dann mutmaßlich guten

wirtschaftlichen Situation, als ein geeignetes Instrument für den zukünftigen Arbeitsmarkt, der von Fach- und Arbeitskräftemangel geprägt sei. Durch das Punktesystem würden Qualifizierungspotenziale erfasst, welche die räumliche Mobilität von Arbeitskräften effizient organisiert. Auf der anderen Seite entstehen daraus zukünftig neue Konflikte: So fiel es lt. Studie dann den „Dauerabgehängten“ schwer, niedrige Punktestände wieder auszugleichen. Das Punktesystem werde dann nur noch von einer Minderheit infrage gestellt, die sich in ihrer Position nicht repräsentiert sieht. Daher gäbe es immer wieder heftige und emotionale Debatten über die konkrete Ausgestaltung und Anpassung des Systems, *„die mittels digitaler Direktdemokratie zur Abstimmung gestellt werden – und zugleich auch vor den Gerichten ausgefochten werden“.*

Wie man die Bevölkerung in der Gegenwart sortiert, konnte die Bundesregierung anhand der aktuellen Impfpässe schon mal üben.

bleiben Sie wachsam!

Autor: Hans-Martin Müller

Dokumentarfilm: „Die dunkle Seite der Wikipedia“

Wenn Sie etwas wissen wollen – greifen Sie noch zur Brockhaus Enzyklopädie? Das können Sie nur, wenn Sie das Nachschlagewerk vor dem 30. Juni 2014 erworben haben. Zu diesem Tag wurde der Vertrieb der gedruckten Variante nämlich eingestellt.

Der überwiegende Teil der Deutschen geht inzwischen online auf die Suche, wenn es darum geht etwas nachzuschlagen. So geben 80% der deutschen Internetnutzer an, Wikipedia zu nutzen, in Deutschland liegt die Seite auf Platz sieben der am häufigsten besuchten Internetseiten.

Die Online-Enzyklopädie hat einen guten Ruf, scheint sie doch für die Demokratisierung des Wissens im Internet zu stehen. Und sind wir doch ehrlich – welche Alternative fällt einem denn ein zu der allgegenwärtigen und immer zitierten Onlineplattform? Dass dort irgendetwas nicht mit rechten Dingen zugehen soll, scheint schier unmöglich, immerhin steht es jedem, der sich zu den Grundprinzipien der Plattform bekennt, offen bei Wikipedia mitzuarbeiten. Und so ist für die meisten Wikipedia der unangefochtene Standard – auch wenn es darum

geht, Wahres von Unwahrem zu unterscheiden (sofern man sich diese Entscheidung nicht von den sogenannten „Fakten-Checkern“ abnehmen lässt). In den letzten zwei Jahren haben viele von uns lernen müssen, dass viele etablierte Institutionen nicht das Vertrauen verdient haben, das wir ihnen seither geschenkt haben. Der Dokumentationsfilm **„Die dunkle Seite der Wikipedia“** bestätigt dies leider auch für das digitale Nachschlagewerk. Die Macher des Films stellen zwar anerkennend fest, dass die Artikel im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich vorbildlich seien. Bei gesellschaftswissenschaftlichen Themen hingegen findet offenbar gezielt und kontrolliert Manipulation statt. Die Kurzbeschreibung zum Film spricht von „totalitären bzw. mafiosen Sozialstrukturen“. Die Dokumentation zeigt dies beispielhaft am Wikipedia-Eintrag des Schweizer Historikers und Friedensforschers Dr. Daniele Ganser. Dieser beschäftigt sich unter anderem mit den Geschehnissen rund um die Terror-Anschläge vom 11. September 2001. Der aktuell gültige Wikipedia-Eintrag unterstellt Ganser schlicht *„er verbreite Verschwörungstheorien“.* Die Do-

kumentation zeigt, wie Gruppen von Administratoren und Sichern eine sachliche Diskussion oder die Editierung von bestimmten Artikeln und Themen unmöglich machen. So scheitern über Jahre hinweg die Versuche, den Abschnitt, in dem die Verbreitung von Verschwörungstheorien unterstellt wird, in ein neutraleres Licht zu rücken.

Zum Film stellen die Macher das vollständige Skript mit Links zur eigenen Quellenrecherche zur Verfügung. Dieses Skript und den Film finden Sie unter: <https://wikihausen.de/dokumen->



Bild: Freepress

tarfilm-die-dunkle-seite-der-wikipedia/

Auf derselben Seite gibt es monatlich Videobeiträge, die an aktuellen Geschehnissen zeigen, dass bei Wikipedia das in der Dokumentation gezeigte Vorgehen keine Ausnahme ist. So gab es im April einen Artikel zum Massaker in Butscha und im Mai einen Beitrag zur Krim. Bei beiden Artikeln kann das vormals beschriebene Handeln ebenfalls nachvollzogen werden – ein sachlicher Austausch war Autoren mit Änderungsvorschlägen auch hier nicht möglich. Ebenfalls zeigen die Betreiber von „Neues aus Wikihausen“ dem unbedarften Wikipedia-Nutzer, wie man anhand der Versionsgeschichte und nützlichen Tools wie „WhoColor“ selbst einen tieferen Einblick in die aufschlussreichen Änderungen von Wikipedia-Artikeln bekommen kann. **Nach Beschäftigung mit dem Thema Wikipedia zeigt sich erneut, dass es unbedingt nötig ist, die Herkunft von Informationen selbst zu prüfen und sich auf keine Quelle per se zu verlassen.**

Autor: Sven Semmler

Landesverfassung und Bürgerbeteiligung

Demokratie wagen – Machen ist wie wollen; nur krasser

Immer mehr Bürger sind mit den Entscheidungen der Regierenden, sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene, mehr als unzufrieden. Auch zeigt die Erfahrung der letzten Jahrzehnte, dass es ziemlich gleichgültig ist, wer im Polittheater gerade die Hauptrolle spielt und wer die Nebenrollen besetzt. Die „Ent-Täuschung“ der Bürger führt zu Parteienfrust, Politikverdrossenheit und schlussendlich zu mehr oder weniger stark sinkenden Wahlbeteiligungen.

Damit spielen sich die Akteure auf der politischen Bühne bewusst ins Abseits, um außerhalb des Rampenlichts ungeniert agieren zu können. Vor dem Hintergrund des steilen Absturzes sowohl von Wirtschaft und Wohlstand als auch Gerechtigkeit und Anstand im Land, wird es höchste Zeit, dass wir Bürger die Geschichte unseres Landes selbst in die Hand nehmen und von unseren verfassungsgemäßen Rechten Gebrauch machen. In der Landesverfassung heißt es dazu: „Die Staatsgewalt liegt unveräußerlich beim Volke“ (Artikel 70).

Die Verfassung des Landes Hessen räumt den Bürgern konkrete und umfassende Rechte ein: Auf der Ebene des Landes sind Volkswahl, Volksbegehren und Volksentscheide als unmittelbare Handlungen vorgesehen (Artikel 71). Dem Gesetzestext der hessischen Verfassung folgend wird die Gesetzgebung „durch das Volk im Wege des Volksentscheids“ oder „durch den Landtag“ ausgeübt. Hervorzuheben ist, dass in Artikel 116 der hessischen Verfassung das Volk vor seinen gewählten Vertretern genannt wird. Die entsprechenden Gesetzentwürfe werden von der Landesregierung, aus der Mitte des

Landtags oder durch Volksbegehren eingebracht (Artikel 117).

Ein Volksbegehren kann auf Erlass, Aufhebung oder Änderung eines Gesetzes gerichtet sein. Für die Zulassung eines Volksbegehrens bedarf es zunächst eines Antrags, der von mindestens 1% der bei der letzten Landtagswahl Wahlberechtigten unterzeichnet werden muss. Stand 2022 sind dies 43.728 Wahlberechtigte.

Wird dem angestrebten Volksbegehren stattgegeben, müssen innerhalb von 2 Monaten 5% der hessischen Wahlberechtigten durch eine Eintragung in besonderen Listen, die vorwiegend bei Behörden und Ämtern ausliegen, das Begehren befürworten. Stand 2022 werden also 218.640 Unterschriften benötigt. Sind alle Voraussetzungen eines Volksbegehrens erfüllt, so wird ein Volksentscheid durchgeführt, wenn der Hessische Landtag diesen Entwurf nicht direkt als Gesetz beschließt.

Ein in einem Volksentscheid zur Abstimmung gestellter Gesetzentwurf ist angenommen, wenn die Mehrheit der Abstimmenden dem zugestimmt hat. Diese Mehrheit muss mindestens 25% der Wahlberechtigten repräsentieren. Stand 2022 sind dies 1.093.197 Personen.

Gegenstand eines Volksentscheids können nur ausgearbeitete Gesetzentwürfe - nicht dagegen allgemeine politische Fragestellungen - sein; ausgeschlossen sind Gesetze über Haushalt, Abgaben und Besoldung.

Auf kommunaler Ebene bieten Bürgerentscheide Mitbestimmungsrechte bei politischen Sachfragen. Der Antrag dazu ist das Bürgerbegehren, welches nur über Fragen durchgeführt werden kann, die Gemeinden in Eigenverant-



wortung beschließen können.

Ein Bürgerbegehren kann jeder Bürger starten, der mit einem Beschluss der Gemeinde nicht einverstanden ist oder der etwas Neues durchsetzen will. In Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern müssen mindestens 3% der auf kommunaler Ebene Wahlberechtigten unterzeichnen (Bei mehr als 50.000 Einwohnern mind. 5%, darunter mind. 10%).

Der Bürgerentscheid wird durch die einfache Mehrheit angenommen, wenn, abhängig von der Größe der Gemeinde, mindestens 15, 20 oder 25% der Stimmberechtigten ihre Stimme abgegeben haben.

Machen ist wie wollen - nur krasser!

Wer startet das nächste Volksbegehren oder

den nächsten Bürgerentscheid? Interessant ist dabei noch zu wissen, dass für die Bürger keine Kosten entstehen und die jeweiligen Behörden und Ämter im Rahmen der Verfahren Auskunft erteilen müssen. Dies stellt eine erfolgsversprechende Möglichkeit dar, an Informationen zu gelangen, die sonst so ggf. nicht zugänglich sind. Aus Sicht des Autors sollten die den Bürgern zustehenden Rechte, in Anbetracht der auf dem Spiel stehenden Zukunft des Landes, seiner Bürger und der nächsten Generation, genutzt werden. Wer Interesse an solchen Vorhaben und ggf. bereits konkrete Planungen für die Umsetzung hat, schreibt bitte an die Redaktion unter redaktion@klartext-rheinmain.de. Demokratie lebt schließlich vom mitmachen!

Autor: Chris Barth

Sind „die Ungeimpften“ die Helden der letzten zwei Jahre?

Adaption des australischen Schriftstellers Peter Chris: „The War on The Unvaccinated Was Lost“

Ja. Die Ungeimpften sind die Helden der letzten zwei Jahre! Denn sie haben es uns allen ermöglicht, eine Kontrollgruppe in dem großen Experiment zu haben und die Unzulänglichkeiten der Covid19-Impfstoffe aufzuzeigen.

Die Ungeimpften tragen viele Kampfnarben und Verletzungen davon, denn sie sind die tapferen Menschen, die wir versucht haben, mental zu brechen. Doch niemand will darüber sprechen, was wir ihnen angetan haben.

Wir wussten, dass die schwindende Immunität der vollständig Geimpften das gleiche Risiko-profil hatte, wie das der Minderheit der Ungeimpften. Dennoch haben wir die Ungeimpften für eine besondere Verfolgung gebrandmarkt. Wir sagten, sie hätten nicht „das Richtige“ für das Allgemeinwohl getan, in dem sie sich weigerten, ihren Körper und ihre gesundheitliche Autonomie dem Staat zu überlassen. Viele der sogenannten „Gesundheitsexperten“ und politischen Führer [...] gaben zu, dass das Ziel darin bestand, den Ungeimpften das Leben nahezu unmöglich zu machen. Der Kampf wurde vom Kollektiv um ein Vielfaches verstärkt und am Arbeitsplatz, im Freundeskreis und bei Familientreffen ausgetragen.

Heute ist die harte Wahrheit, dass nichts davon gerechtfertigt war, dass wir schnell von der Rechtschaffenheit zur absoluten Grausamkeit abglitten. Wir mögen unseren führenden Gesundheitsexperten die Schuld an dem Vorstoß geben. Aber jeder Einzelne in der Gesellschaft muss dafür zur Rechenschaft gezogen werden, dass er in die gut ausgelegte Falle getappt ist. Wir haben dies getan, obwohl wir genau wussten, dass grundsätzlicher Widerstand gegen medizinische Behandlungen unter direktem oder indirektem Zwang eigentlich unbezahlbar ist. Und wir haben uns vorgaukeln lassen, dass eine weitere unwirksame Impfung die Schuld der Ungeimpften und nicht die Schuld der gifti-



gen Politik, der unwirksamen oder schädlichen Impfstoffe einer vollkommen aus dem Ruder gelaufenen Pharmaindustrie sei.

Wir glaubten, wir hätten die Logik, die Liebe und die Wahrheit auf unserer Seite. Und so war es ein Leichtes, den Ungeimpften den Tod zu wünschen, was ironisch ist, weil die meisten Menschen, die sterben, mehrfach geimpft sind, was bequemerweise vertuscht wird. Einige von uns, die sich über die Ungeimpften lustig gemacht haben, taten dies, weil wir uns angesichts ihres Mutes und ihrer Prinzipien selbst schämten und nicht glaubten, dass die Ungeimpften es unversehrt überstehen würden.

Wir sollten alle versuchen, etwas innere Dankbarkeit für die Ungeimpften zu empfinden, denn

wir haben den Köder geschluckt und sie gehasst, weil ihre Beharrlichkeit und ihr Mut uns die Zeit verschafft haben, zu erkennen, dass wir falsch lagen. Wenn also jemals wieder Impfvorschriften für Covid19 oder andere Krankheiten eingeführt werden, werden hoffentlich mehr von uns den aufkommenden Autoritarismus erkennen, welcher sich nicht um unser Wohlergehen kümmert, sondern mehr auf Macht und Kontrolle aus ist.

Der Krieg gegen die Ungeimpften wurde verloren und wir sollten alle sehr dankbar dafür sein.

Übersetzung/Redaktion: Chris Barth

Quelle: <https://cutt.ly/MCn8xc>



DARMSTADT
TREFFPUNKT:
NEUES RATHAUS
18:00 UHR

DARMSTADT IN BEWEGUNG

MONTAGSSPAZIERGANG

BEWEGUNG ERZUNGENE ENERGIEERNAHRUNG UND WIRTSCHAFTLICHE SELBSTERSTÄRKUNG

BESONDERS GROSS JEDEN DRITTEN MONTAG IM MONAT - ERSTMALIG AM 17. 10. 2022

STOPP JETZT! ES REICHT!

WILLKOMMEN

FÜR EINE VERNÜNFITGE BÜRGERNAHE POLITIK

Michael Ballweg und die Maskendeals

Michael Ballweg sitzt seit einigen Wochen in Untersuchungshaft. Wussten Sie das? Herr Ballweg ist der Gründer von „Querdenken“ und ist bundesweit bekannt geworden, als er 2020 die beiden großen Demos in Berlin am 01.08. und am 29.08. organisiert hat. Nun wirft ihm die Staatsanwaltschaft vor, Geld aus Schenkungen veruntreut und Geldwäsche betrieben zu haben.

Wir könnten uns einen kurzen Moment mal überlegen, wie es überhaupt möglich sein soll, Schenkungen nicht gemäß ihrem Zweck zu verwenden. Dazu müsste man mal den Zweck der Schenkung beim jeweiligen Schenker erfragen. Aber gut, das ist ein Nebenaspekt. Nahezu bizarr mutet es an, wenn die Staatsanwaltschaft Herrn Ballweg unterstellt, 640.000 Euro veruntreut zu haben. Dabei bezieht sich die Staatsanwaltschaft auf nachgewiesene Einnahmen von Herrn Ballweg von ca. 1,2 Millionen Euro. Bereits im Frühjahr 2021 hat Michael Ballweg der Öffentlichkeit einen Transparenzbericht präsentiert, in dem er Ausgaben von rund einer Million Euro mittels entsprechender Belegen nachweisen konnte. Und diese Ausgaben beziehen sich lediglich auf den Zeitraum von April 2020 bis Frühjahr 2021, also ungefähr ein Jahr. Hat die Staatsanwaltschaft die Ausgabenseite berücksichtigt? Sie werden lachen: Nein, hat sie nicht! Glauben Sie wirklich, dass eine Staatsanwaltschaft derartig unprofessionell vorgeht, wenn sie in einem Verfahren von derartiger Größe ermittelt? Sicher nicht. Nun ist es vielleicht



hilfreich, wenn Sie wissen, dass es in Deutschland eine Besonderheit im Rechtssystem gibt, die sogar dazu geführt hat, dass Deutschland keine internationalen Haftbefehle ausstellen darf (bzw. diese im Ausland nicht anerkennen werden). Es handelt sich um §146 des sog. Gerichtsverfassungsgesetzes. In diesem heißt es „Die Beamten der Staatsanwaltschaft haben den dienstlichen Anweisungen ihres Vorgesetzten nachzukommen“.

Wer ist der Vorgesetzte der Staatsanwaltschaft? Der Justizminister! Merken Sie was? Deutschland hat es vom europäischen Gerichtshof verbietet. In Deutschland gibt es keine unabhängige Justiz und damit ist die dritte Säule eines Staates mit Gewaltenteilung eben nicht mehr unabhängig und von den anderen beiden Gewalten getrennt. Deutschland ist for-

mell nicht mal offiziell anerkannt ein demokratischer Rechtsstaat. Machen Sie was aus dieser Information. Und zurück zum Fall Ballweg: Wer ist der Justizminister des Landes Baden-Württemberg? Sie werden es herausfinden. Auf jeden Fall jemand, der massiv Probleme mit „Querdenken“ und Michael Ballweg hat und nun seine Macht missbraucht, um gegen einen unliebsamen Systemkritiker und Dissidenten vorzugehen. Das schaut nicht nach einem demokratischen Rechtsstaat aus. Die Verhaftung von Herrn Ballweg wäre aus rechtlicher Sicht eine Lachnummer, wenn es nicht so traurig wäre und jemand unschuldig hinter Gittern sitzen würde.

Gleichzeitig wurde vor ein paar Tagen von einem deutschen Gericht entschieden, dass die Profiteure der Maskendeals aus der Politik, wie z.B. Herr Nüßlein, straffrei ausgehen und die persönliche Bereicherung aus ihrem Amt nicht mal zurückbezahlen müssen. Und glauben Sie mir – dabei geht es um Summen, gegen die der Vorwurf gegen Herrn Ballweg Pillepalle ist.

Aber wir leben ja im besten Deutschland aller Zeiten. Wir leben natürlich in einem demokratischen Staat mit funktionierendem Rechtssystem, mit Meinungsfreiheit und allen Grundrechten, die Menschen so haben können. Wäre das hier eine amerikanische Sitkom, kämen jetzt ein paar Lacher vom Band.

Autor: Dirk Hüther

Fragen über Fragen

Wie zufrieden sind Sie derzeit mit den Zuständen und dem Leben hierzulande? Inflation? Spritpreise? Betrifft Sie das nicht? Oder doch? Wie ist es mit der Ukraine-Krise? Haben Sie Angst davor, dass der Krieg zu uns herüber schwappet? Und Sie wollen, dass unsere Regierung der Ukraine für diesen sinnlosen Krieg weiter das Geld in den Rachen schiebt? Nicht? Was tun Sie? Auf die nächste Wahl warten? Hat es die letzte Wahl für Sie gebracht? Waren Sie mit dem Ergebnis zufrieden? Sind Sie mit unserer Regierung zufrieden? Und freuen Sie sich schon darauf, wenn ab Herbst wieder Maskenpflicht gilt? Mögen Sie Herrn Lauterbach? Mögen Sie seine Panikmache? Wollen Sie, dass der Coronawahnsinn weiter geht? Freuen Sie sich schon auf den Lastenausgleich, der 2024 kommt? Oder vielleicht auf die Einführung des digitalen Euros, mit dem dann all Ihre Zahlungsströme kontrolliert werden können? Ach ja – da ist noch die Energiewende. Auch da dürfen Sie sich freuen, dass der nächste Winter vermutlich recht kalt wird. Nein, ich meine nicht draußen mit ordentlich Minustemperaturen, sondern in Ihrer Bude. Die Regierung hat doch bereits gezeigt, wie Energiesparen geht. Herr Habeck empfiehlt kalt duschen, irgendwelche Clowns meinen, Sie bräuchten sich nur noch vier Stellen am Körper zu waschen und es gibt auch Leute, die meinen, Sie könnten ja einfach zwei Pullover anziehen, wenn Sie es sich abends vor dem Fernseher gemütlich machen. Haben Sie schon vorgesorgt und Pullover angeschafft? Aber so lange Sie wirklich daran glauben, dass Sie Putin damit eins auswischen, ist das ja gar kein Problem. Und Sie wollen doch sicher helfen, Putin eins auszuwischen – nicht wahr? Oder doch nicht? Haben Sie nicht auch ungeheuerlichen Spaß am Gendern? Ist das nicht ein Genuss, wenn unsere Sprache auf so vortreffliche Art und Weise zerfleddert und damit unaussprechbar geworden ist? Und diese LGBTQ+, Trans-, Gender- und Woke Leute meinen gerade, sie hätten Oberwasser und halten bereits einige weitere echt prima Ideen parat. Viele Menschen haben in den letzten zweieinhalb Jahren die Maßnahmen und die Zustände einfach stillschweigend ertragen. Sie haben sich

weggeduckt, in der Hoffnung, alles würde schon irgendwie wieder vorbei gehen. Ist es das? Sieht nicht so aus. Nicht umsonst geht seit zwei Jahren im Netz der Satz um „Du glaubst, wenn alle nur brav mitmachen, ist das alles schnell wieder zu Ende. Es endet nicht, weil Du mitmachst!“. Erinnern Sie sich einfach mal zurück an das Jahr 2019 und schauen Sie sich mal an, was Sie seit dem alles verloren haben. Dabei meine ich nicht nur die materiellen und greifbaren Dinge, son-

na ganz offensichtlich ein Hort der Meinungsfreiheit. Aber sei's drum. Wird es nicht langsam Zeit, die Wut, den Frust, die Enttäuschung, die Desillusionierung in Handlung zu verwandeln? Was wir tun können? Wir können tatsächlich viel tun – z.B. einfach diesen ganzen Kram nicht mehr mitmachen. Aber der einfachste und erste Schritt ist zunächst Menschen zu treffen, denen es ähnlich geht wie Ihnen. Es tut gut zu sehen, dass wir nicht alleine sind. Wir machen uns da-



Echt jetzt...?

dern auch die Lebensqualität, die Ihnen verloren gegangen ist, weil die Stimmung in diesem Land einfach immer unerträglicher wird und überall um uns herum jetzt Verbotsschilder aufgestellt sind. Was dürfen wir noch tun, was dürfen wir noch sagen, was dürfen wir noch denken? Es soll Leute geben, die meinen, wir hätten immer noch Meinungsfreiheit, weil wir ja alles sagen dürfen, wir müssten halt nur mit der Konsequenz leben. Ja, so kann man das auch sehen. In der selben Logik sind dann Länder wie Nordkorea und Chi-

bei bemerkbar und wir zeigen Gesicht. Und das Wichtigste ist, dass wir uns miteinander vernetzen, um in noch schlimmeren Krisenzeiten (und die stehen uns ziemlich sicher bevor) füreinander da zu sein.

Also, wie wäre es, wenn Sie einfach mal montagabends an einem der vielen Spaziergänge oder Samstags an einer Demo teilnehmen? Eine Auswahl an Zeiten und Orten finden Sie wieder auf der letzten Seite von KLARTEXT.

Autor: Dirk Hüther

Impfnebenwirkungen (Teil 2)

Sicher haben Sie schon gehört, dass BioNTech mit seinem, als „Impfstoff“ gegen Covid-19 vermarkteten Gemisch, ordentlich Umsatz generiert. Laut Tagesschau vom 09. Mai 2022 machte das Mainzer Unternehmen allein in den ersten drei Monaten diesen Jahres 3,7 Milliarden Euro Gewinn. Berechnet am Netto-Durchschnittseinkommen aller Deutschen müsste ich dafür 147.953 Jahre arbeiten. Da erscheint es fast schon als Treppenwitz, dass der Firmensitz des lukrativen Unternehmens „An der Goldgrube 12“ zu finden ist – sicher nur ein ironischer Zufall.

Nicht so witzig ist es, dass der Firmenchef Ugür Şahin nun warnt, dass die aktuellen Zulassungsverfahren viel zu langsam wären und deshalb fordert, die auf die angeblich erwartbaren neuen Varianten abgestimmten mRNA-Vakzine künftig ohne klinische Studien, also nur aufgrund von Labordaten und Tierexperimenten, zuzulassen. Offenbar geht dieser Mann über Leichen – muss er doch von den Impfnebenwirkungen wissen. Das Uniklinikum Marburg hat im Januar 2022 eine Spezialambulanz für Patienten mit Nebenwirkungen der immer noch als „Impfung“ bezeichneten Substanzen eingerichtet. Dort war die Warteliste schon vor 3 Monaten bis zum April 2023 ausgebucht! Ein aktuelles Papier der Kassenerärztlichen Bundesvereinigung (KBV) hat es ebenfalls in sich, auch wenn die großen Medien dieses, wie gewohnt, unter den Teppich kehren und nicht darüber berichten.

Auf eine Anfrage des AfD-Politikers Martin Sichert hin, legte die KBV einen Bericht vor, laut dem allein im Jahr 2021 2.487.526 Nebenwirkungen der „Impfung“ gegen Covid-19 aufgetreten sind. Diesen Zahlen folgend führte jede 69. „Impfung“ zu einem Arztbesuch. Vergleichen Sie bitte die ebenfalls im Bericht aufgeführten Impfnebenwirkungen der Jahre 2016 bis 2020 – fällt Ihnen auf, dass die neuartige „Impfung“ innerhalb eines Jahres das 5 bis



6-fache der Nebenwirkungen hervorgerufen hat, als es alle anderen beobachteten taten?

Schon lange merken auch die Ärzte hier in der Region, dass immer mehr Menschen über Nebenwirkungen klagen. Dass Ärzte und andere Eingeweihte sich schwertun, öffentlich darüber zu berichten, ist verständlich, wenn man sieht, wie viele Personen, die offen über Impfnebenwirkungen sprechen oder sich gegen die allgemein gültige Meinung stellen, erhebliche Nachteile erfahren. Man erinnere sich an den entlassenen BKK-Vorstand Andreas Schöfbeck oder die zahlreichen Arztpraxen, die polizeilich durchsucht wurden und werden. Trotzdem spricht eine der Redaktion persönlich bekannte Ärztin über „Patienten mit katastrophalen Nebenwirkungen“, die sich ihrerseits auch nicht trauen, damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Zu groß ist die Angst als Corona-Leugner, Spinner

oder Impfgegner verunglimpft zu werden. Aus den oben genannten Gründen möchte auch ein Augenarzt an dieser Stelle nicht namentlich genannt werden. Von diesem dürften wir von ihm vorher anonymisierte Meldungen über Verdachtsfälle an das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) einsehen. Sechs von 10 Berichten hat der Ophthalmologe auf dem Fragebogen als „medizinisch schwerwiegend“ gekennzeichnet. Hier handelt es sich überwiegend um Herpes-Zoster Erkrankungen der Augen, welche im schlimmsten Fall zum Verlust des Augenlichtes führen können. Bei vier Fällen ist der Haken bei dem niederschmetternden Urteil „bleibende Schäden oder Behinderung“ gesetzt worden.

Neben Herpes-Zoster stellt der Mediziner vermehrt Entzündungskrankheiten z.B. der Augenhornhaut oder Schädigungen der Netzhaut fest. Aber auch die inzwischen weithin bekannten

Nebenwirkungen Müdigkeit und Muskelschwäche sind in seinen Berichten zu finden. Der Zusammenhang mit den angeblich gegen Covid-19 wirksamen Substanzen ist offenbar darin erkennbar, dass die Anzahl der Erkrankungen in den Jahren vor 2020 wesentlich geringer war. Es stellt sich dann die Frage, warum es zu so einer Häufung kommt und wie die Vorgeschichte des jeweiligen Patienten aussieht. Stellt der Arzt fest, dass sich sonst im Leben des „geimpften“ Patienten keine in Frage kommenden Ereignisse finden und es keine Medikamentenänderung gab, bleibt als außergewöhnlicher Moment nur die Spritze. Ganz klar muss man sagen, dass es sich hier nur um Verdachtsfälle handelt – wenn ein erfahrener Arzt sich jedoch die Mühe macht und die aufwändige Meldung vornimmt, ist das durchaus ernst zu nehmen. Leider wird noch immer ein Mantel des Schweigens über alle kritischen Fakten des nun seit 2 ½ Jahren grassierenden Wahnsinns gelegt. Die Mainstreammedien berichten nicht oder nur am Rande über das oben erwähnte Papier der KBV. Die am 01. Juli vorgestellte Evaluierung der Corona-Maßnahmen hätte für einen Aufschrei bei der ach so unabhängigen Presse sorgen müssen – weit gefehlt. Der Bericht wird eher dazu benutzt, die zum damaligen Zeitpunkt nur diskutierten „Herbst-Maßnahmen“ in vorseilendem Gehorsam zu begrüßen.

Eben dieser Mantel des Schweigens, der auch über die Impfnebenwirkungen gelegt wird, macht es umso wichtiger, dass Sie sich bei uns melden – die Geschädigten müssen ihre Geschichte erzählen können. Nur so wird das Schweigen irgendwann gebrochen. Steter Tropfen höhlt den Stein!

Quelle PDF-Ausschnitt: https://www.kbv.de/media/sp/2022-06-16_Anfrage_codierte_Impfnebenwirkungen_Covid-19.pdf

Autor: Sven Semmler

Gastkommentar zur Frankfurter Pressearbeit

„Eine Frau erleichtert sich im Grünstreifen der Frankenallee mit heruntergezogener Hose“ (FR und FNP 07.08.2022)



Ja, Sie haben richtig gelesen, liebe Klartext-Leserschaft. Am Samstag, den 06. August erleichterte sich eine Frau im Grünstreifen der Frankenallee! Zeugin dieses offenkundig nachhaltig traumatisierenden Erlebnisses war ihres Zeichens Journalistin für die „Frankfurter Rundschau“ und „Frankfurter Neue Presse“, Sabine Schramek. Sie scheute keine Mühe diesen obskuren Tatbestand den „Leser:innen“ der genannten „Qualitätsmedien“ mitzuteilen.

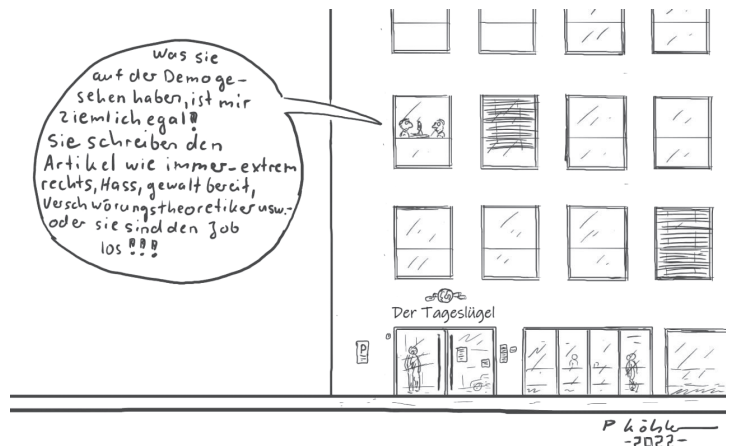
Tatort dieses geschichtsträchtigen Ereignisses war die große Demonstration vor den Medienhäusern Frankfurts. Als vierte Gewalt im Staat tragen diese eine Mitverantwortung für das gesellschaftliche Stimmungsbild. Die Medien sind es, die die Bevölkerung schon immer auf

Kriege und Krisen einstimmen. Die Medien sind es, die Informationen konsumierbar aufbereiten, vorenthalten oder schlichtweg verdrehen. Rückblickend auf die letzten zweieinhalb Jahre ergeben sich für aufmerksame Leser des Mainstreams viele Lücken, Abweichungen zur Realität und die Etablierung eines immer schmalere werdenden Meinungskorridors. Diesen Einfluss der Medien haben die Menschen, die zum Teil mehrmals wöchentlich bundesweit auf die Straße gehen, erkannt. Ziel der besagten Demonstration war es, einen Diskurs mit den Medien zu finden, die unseres Erachtens ihrem Auftrag, die Bevölkerung umfangreich und neutral zu informieren, nicht nachkommen. Ziel von Frau Schramek war es, diese Menschen als verroht und asozial darzustellen.

Wer war die Frau auf dem Grünstreifen? War sie überhaupt Teilnehmerin der Demonstration? Was veranlasste sie zu diesem Verbrechen? Wer hätte nicht gerne auch ein Bild der Erleichterung in ihrem Gesicht gesehen? Wie ging es ihr danach? Schade, dass Frau Schramek wohl nicht investigativ genug vorging, die Frau im Anschluss dazu zu befragen. Wer von Ihnen musste schon mal auf's Klo, aber es war kein Klo in Sicht? Vereint uns der Umstand „zu müssen“ nicht als Menschen? Unumstößlicher Fakt: Jeder muss ab und zu. Auch Frau Schramek. Wie viele Männer erleichtern sich nach einem

Fußballspiel im Stadion danach an Bäumen und wie viele Frauen flüchten, ob der langen Schlangen vor den WCs, ins Gebüsch? Wir raten Frau Schramek auch unbedingt mal in der Niddastraße vorbeizuschauen. Dort wird sie noch weniger zivilisierte Dinge sehen als Menschen, die müssen müssen. In diesem Sinne freuen wir uns auf kommende spannende Meldungen von Frau Schramek über Menschen, die sich nachts zum Schlafen hinlegen oder die so dreist sind, nach dem Aufwachen aufzustehen.

Gastautor: Lutz aus Frankfurt



Was ist denn da in Holland los? Bürgerkrieg im Nachbarland

Wann ist für Sie in einem Land Bürgerkrieg?

Wenn einzelne Bevölkerungsgruppen mit Knüppeln, Hämmern, Äxten und Mistgabeln auf Polizeifahrzeuge einschlagen? Das passiert gerade im Nachbarland. Wenn Polizisten gezielt auf Protestierende schießen? Genau das passiert in unserem Nachbarland. Sie haben nichts davon gesehen oder irgendwo erfahren? Wie kommt es? Wir haben seit Wochen dutzende Videos gesehen, die bei solchen Gelegenheiten in den Niederlanden aufgenommen wurden und diese Videos sind absolut authentisch. In den Mainstream-Medien erfahren Sie natürlich nichts darüber. Weder in den Tagblättern hier in der Region, noch auf ARD und ZDF. Warum wohl? Weil Sie dann vielleicht anfangen, sich zu informieren, dass uns etwas Ähnliches hierzulande bevor steht? Was genau passiert da in Holland?

Die EU hat eine Richtlinie verabschiedet, zur Reduzierung von Stickstoff und der Kontrolle von Düngung. Als sog. "allgemeine Verwaltungsvorschrift" muss diese Richtlinie in den Mitgliedsstaaten der EU in nationales Recht umgesetzt werden. Das gesamte Programm heißt „Farm to Fork“ (vom Bauernhof auf die Gabel) und will europaweit 10% aller Flächen stilllegen und 50% der Pflanzenschutzmittel einsparen. Dies geschieht jeweils national mit allerlei Zwangsmaßnahmen, die eher an die DDR erinnern, als an ein marktwirtschaftliches System. In Holland wird dies umgesetzt, indem die Landwirte zwischen drei Varianten „wählen“ dürfen:

Variante 1 bedeutet, dass die Bauern in sog. roten Zonen (auf der Landkarte willkürlich ausgesuchte Gebiete) einfach die Bewirtschaftung

einstellen. Dies betrifft viele Höfe, die damit ihren Betrieb einstellen müssten. Zumindest könnten sie dann in grüne Gebiete wechseln, wobei auch nicht gewährleistet ist, dass die noch grünen Gebiete in einigen Wochen dann nicht rot sind.

Variante 2 bedeutet, dass ein Bauer seinen Hof aufgibt und entschädigt wird, danach allerdings nie wieder in Holland als Landwirt arbeiten darf.

Variante 3 bedeutet, dass der Staat die Unwilligen einfach enteignet.

Rosige Aussichten – nicht wahr? Bedenken Sie bitte, dass es dabei um Existenzen von ganzen Familien geht und um Höfe, die seit vier, fünf oder sechs Generationen von der selben Familie geführt werden.

Die Verpflichtung, Düngemittel einzusparen, bedeutet für die Landwirte, dass sie manche Pflanzen unter ihrem tatsächlichen Bedarf düngen müssen, was verheerende Auswirkungen auf die Ernte und damit auf den Ertrag hat. War Ihnen bewusst, dass die Niederlande der weltweit zweitgrößte Produzent von landwirtschaftlichen Gütern ist? Da der Dünger aus Russland aufgrund der Sanktionen entfällt, bleibt den Bauern nur noch die Gülle und auch hier haben EU und nationale Regierungen einen Riegel vorgeschoben. Was für eine großartige Idee, angesichts einer nahenden Nahrungsmittelkrise, den Landwirten das Düngen zu verbieten, mit Zwangsmaßnahmen Flächen still zu legen und die Existenz von Bauern zu vernichten.

Und wenn Sie jetzt meinen „Holland – das hat doch nix mit uns zu tun“ – weit gefehlt. Die EU Richtlinie wird auch in Deutschland bereits umgesetzt. Auch in Deutschland gibt es weitge-



hend willkürlich festgelegte rote Zonen, in denen nicht mehr bewirtschaftet werden darf oder zumindest nicht mehr gedüngt werden darf, mit den angesprochenen Auswirkungen auf Ernte und Ertrag - und das alles, während hierzulande im Supermarkt mehr und mehr Produkte fehlen. Sollten Sie also demnächst auch in Ihrer Umgebung von Protesten der Landwirte hören oder diese sehen – nun wissen Sie, um was es geht. Es geht auch um Sie.

Wenn Sie im Herbst vor leeren Supermarktregalen stehen, dann wissen Sie, wer uns das ein-

gebrockt hat. Diese überaus kompetente und umsichtige Regierung in Berlin und vor allem diese Bürokraten und Lobbyfreunde in Brüssel.

In diesem Zusammenhang freut sich unsere Redaktion über Kontakte zu Landwirten, die uns ihre Situation persönlich schildern können - Hinweise gerne unter: redaktion@klartext-rheinmain.de

Autor: Dirk Hüther

Blitzlichter des Irrsinns

Grüne Ideale – Jetzt mit Schuss

Spätestens mit dem Ukraine-Krieg haben sich die ehemals grünen Ideale im wahrsten Sinne des Wortes pulverisiert. Joschka Fischers „I am not convinced“ wurde ersatzlos gestrichen und ersetzt durch zwanghaft vorangetriebene, massive Aufrüstung. 100 Mrd. Sondervermögen (grünes Wort für Schulden) sind ebenso kein Problem mehr wie Waffenlieferungen in Kriegsgebiete in Europa. Das Streben nach grüner Energie wird jetzt durch formale Deklaration von Atomstrom und Gas als „Grün“ definiert. Jetzt warten wir nur noch darauf, dass Atom- und Kohlekraftwerke grün angestrichen werden. Bei dem zu erwartenden Bedarf könnte sich eine Investition in grüne Farbe lohnen.

Wahrheitsministerium und Gedankenpolizei

In seinem Roman „1984“ schildert George Orwell einen totalitären Staat, in dem eine „Gedankenpolizei“ durch allumfassende Beeinflussung und Überwachung die Gedanken der Bürger kontrolliert, reglementiert und gegebenenfalls bestraft. Die USA haben dieses Jahr heimlich, still und leise eine Behörde gegründet, die „Falschinformationen“ im Internet und in Medien nachgeht. Im Rahmen der polizeilichen Mittel des Innenministeriums sollen diese unterbunden werden. Nina Jankowicz ist an dieser Front als oberste „Desinformations-Beauftragte“ im US-Innenministerium tätig. Auch unsere oberste Gedankenpolizistin, Innenministerin Nancy Faeser, ist aktiv und bestellt schon das Feld vor dem Hintergrund des von ihr erwarteten Unmuts der Bevölkerung bezüglich der Energiepolitik der Regierung: Kritiker werden schon vor jeglicher Debatte vorsorglich als Rechtsextremisten und Corona-Leugner abgeurteilt. Die vorgeblich zum Schutz der Bevölkerung eingeleiteten Maßnahmen und deren Begründung klingen beängstigend nach Orwell „Neusprech“ und „Gutdenk“.

Provisionen aus Maskendeals sind keine Bestechung hat der Bundesgerichtshof höchst-



richterlich entschieden. Die CSU Politiker Nüßlein und Sauter dürfen daher ihre schwerverdienenden Provisionen in Millionenhöhe aus den Deals behalten. Ganz ohne Schamesröte im Gesicht der Richter wird diese Entscheidung auf eine Gesetzeslücke zurückgeführt. Im gleichen Kontext steht die Selbstverständlichkeit, mit der die Parlamentarier in Bund und Land die regelmäßige Erhöhung ihrer Bezüge durchgewunken haben. EU Beamte haben sich gleich 8,5% mehr Gehalt gegönnt. Die Bürger ächzen unter den galoppierenden Preisen, während sich die REGIERUNGEN die Taschen voll machen.

Der deutsche Michel ist nicht mehr

Vor einigen Jahren konnte man ihm noch begegnen: Dem deutschen Michel, der mit Socken und Sandalen in den Urlaub fuhr und mit Zipfelmütze die kalte Jahreszeit überbrückte. Er war so erfolgreich, dass er regelmäßig (selbst-) ironisch in den Medien auftauchte. Doch Michel

musste dem neuen Deutschen weichen: Michaela, vormals Michael, geschlechtsoptimiert eingeordnet auf einer Skala mit gefühlt 200 Stufen zwischen Mann und Frau. Mehrfach geimpft und geboostert, trotzdem regelmäßig positiv getestet und hoch ansteckend. Das neue Deutschy haust im Winter regelkonform bei 10 Grad in der ungeheizten Wohnung und duscht selbstverständlich nur mit kaltem Wasser, um Gas und Strom zu sparen. Das Auto wird nachts mit Atomstrom geladen, der umweltfreundlich aus der häuslichen Steckdose kommt. Corona-App und deren Nachfolger werden begeistert genutzt und jedes Durchschreiten einer Eingangstüre, gleich ob Restaurant oder Geschäft, geflissentlich gebucht. Schließlich gibt das ja Bonuspunkte auf der Wohlverhaltensskala.

Layla nicht erwünscht

Der Song „Layla“ erreicht nun auch unsere Region und wird zuweilen als „unerwünscht“

erklärt. Ein weiteres Beispiel dafür, dass "die Linke" bei der allgemein voranschreitenden Gesinnungskontrolle vorne mitmarschiert. Auf der Abschlusliste der nicht mehr spielbaren Lieder stehen vermutlich als nächstes: „Er hat ein knallrotes Gummiboot“ wegen Verherrlichung von nicht nachhaltigem Material sowie „Wann wird's mal wieder richtig Sommer“ wegen Verharmlosung des Klimawandels.

Prothochzeit auf Staatskosten

Viele Bürger wissen nicht mehr, woher sie das Geld für Miete und Nebenkosten nehmen sollen. Immer mehr warten verzweifelt auf eine angedachte Hartz-IV Erhöhung, die aber von der FDP blockiert wurde. Während die Not beim Bürger immer größer wird, gönnt sich unsere REGIERUNG eine Prothochzeit, die auch der alten Monarchie gut zu Gesichte stünde. Auf Einladung von FDP-Parteichef Lindner feierten Bundeskanzler Scholz und Oppositionsführer Merz zusammen mit anderen Politikern die wohl peinlichste Hochzeit des Jahres. Abgesehen vom verschwenderischen Stil ist völlig unverständlich, warum das Brautpaar, das sich ausdrücklich als nicht konfessionell gebunden erklärt, öffentlich in einer Kirche heiraten muss. Glanz und Glorie sind offensichtlich wichtiger als Anstand und Moral.

Amtseid der Regierenden vergessen nach der Zeitenwende

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“ so lautet der Amtseid unserer Regierenden. - Wie passt das zu der vorangetriebenen Ausgrenzung Andersdenkender und Ungemipfter oder zur Inkaufnahme der Zerstörung unseres Landes in Folge der Kriegstreiberei in Europa? Muss wohl an der Zeitenwende liegen.

Autor: Andreas Baum

Aufrüstung der Ukraine mit deutschen Steuergeldern

Waffenlieferungen in Kriegsgebiete waren seit Bestehen der Bundesrepublik ein Ding der Unmöglichkeit! Waffenhersteller unterlagen bisher dem Kriegswaffenkontrollgesetz!

Jede Ausfuhr wurde geprüft und musste genehmigt werden. Bis jetzt die Bundesregierung und die Altparteien für die Ukraine diese Gesetze und Bestimmungen selbst brachen, mit dem Wohlwollen oder auf Druck von NATO und USA. Mit der Lieferung von schweren Waffen in die Ukraine wird Russland massiv provoziert! So wird man als höriger und williger Bündnispartner verheizt. Das hatten wir schon mal 1914 als Bündnispartner der K & K Monarchie Österreich-Ungarn. Die Folgen mit Reparationszahlungen und Gebietsverlusten zum Schaden der Wirtschaft und der deutschen Bevölkerung sollten uns noch in Erinnerung sein. Aus militärischer Sicht sind diese Waffenlieferungen durchaus als Einstieg in den Krieg gegen Russland zu werten, denn im Fortgang werden offensiv Waffen geliefert! Die USA will Kampfflugzeuge liefern, auf dem Plan stehen F-15 „Eagle“, F16 „Fighting Falcon“, die französische „Rafale“, der „Eurofighter Typhoon“, sowie die schwedische „Gripen“. Was geht uns die Ukraine an? Sie ist kein Mitglied der NATO und der EU!

Wofür sollen wir Deutsche zahlen? Wir haben keinen Konflikt begonnen und sollen mit unseren Steuergeldern dafür aufkommen? Mit der CO₂-Steuer und dramatisch gestiegenen Heiz-, Energie- und Lebensmittelkosten finanzieren wir den Ukrainern ihren Krieg gegen Russland. Das wissen Putin, die Russen und auch unsere Bundesregierung. Die Sanktionen gegen Russland schaden viel mehr Deutschland, wie wir jetzt sehen. Doch die Bundesregierung verfolgt genau dieses Ziel! Mit 15 Milliarden Euro stützt die EU den Finanzhaushalt der Ukraine. Wie viele Milliarden Euro davon trägt der deutsche Steuerzahler? Grünen Politikerin und Pfarrerin



Göring-Eckardt plädiert statt für einen "Ringtausch" für die direkte Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine. Wie pervers sind unsere Politiker? Offenbar wollen sie Deutschland in den Krieg führen. Die Bundeswehr ist durch stetige Einsparungen nicht mal mehr verteidigungsfähig!

Die Einsatzzentralen der Nato/USA in Ulm und Stuttgart würden bei einem Gegenschlag der Russen regelrecht liquidiert und einige Millionen deutsche Bürger gleich mit! Ist das das Ziel der Bundesregierung und unserer Bündnispartner? Soll so die deutsche, leistungsfähige Wirtschaft als Konkurrent ausgeschaltet werden? Was uns die europäische Geschichte lehrt: Napoleon und Hitler sind an Russland kläglich durch Fehleinschätzungen gescheitert! Die Nato/EU und Deutschland treffen ebenfalls verheerende Fehleinschätzungen, zumal wir uns als Spielball der USA für ihre Interessen und Profite willig missbrauchen lassen.

Wir zahlen dafür die Rechnung. Verarmung und Verelendung breiter Volksschichten, auch die des Mittelstandes - eine Erfolgssäule der letzten Jahrzehnte für Deutschland wird einfach platt gemacht!

Autor: Christfried Krause

„Wenn wir in diesem Winter im Kalten sitzen, ist es nicht die Schuld von Putin“

Marion Faigle legt in diesem Leserbrief ihre Sicht der aktuellen politischen Lage dar.

Fast täglich, oft sogar zwei- oder dreimal am Tag, hört man das Martinshorn in der Stadt. Schaut man in der Zeitung in die Todesanzeigen, liest man überdurchschnittlich oft: „Plötzlich und unerwartet aus dem Leben gerissen“. Das Statistische Bundesamt meldet für den Juli dieses Jahres eine Übersterblichkeit von 12 Prozent. Das ZDF titelte: „Sterbefälle in Deutschland: Sterberate im Juli durch Hitze erhöht“. Das Klima ist also schuld. Das Klima lässt sich sicher ausschließen, weil wir nicht nur im Juli, sondern in allen Monaten des Jahres eine Übersterblichkeit aufweisen. Außerdem lag die Temperatur im Juli 2022 mit 19,1 Grad Celsius im langjährigen Mittel. Der Juli 2018 war im Durchschnitt 20,3 Grad Celsius warm und es starben im Monatsvergleich weniger Menschen. Vielleicht hat die Übersterblichkeit etwas mit der absolut nebenwirkungsfreien Impfung (laut Lauterbach) zu tun? Die Liste der Impfnebenwirkungen ist lang und die Impfpflichter haben oft eine Ärzte-Odyssee hinter sich, bevor sie, wenn überhaupt, Hilfe bekommen. Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Währenddessen basteln Lauterbach und Buschmann bereits am neuen Infektionsschutzgesetz. Alle drei Monate eine Impfung, um am Sozialleben teilnehmen zu können und sinnbefreites Maskentragen. Der Gesundheitsminister selbst hält sich nicht an seine Regeln. Der trotz vierfacher Impfung an Corona erkrankte Minister hält während der Bundespressekonferenz sein Handy in die Kamera. Sein QR-Code zeigt, dass seine letzte Impfung bereits 271 Tage zurückliegt und er auch nicht mit AstraZeneca geimpft ist, wie er behauptete. Lügen vor laufender Kamera. In einer funktionierenden Demokratie wäre das ein Rücktrittsgrund, aber er sitzt fest im Sattel. Bekommt sogar noch Rückendeckung von Kanzler Scholz.

Einfach nur noch unvorstellbar. Es scheint niemanden zu interessieren. Auch nicht, dass wir auf die größte wirtschaftliche Katastrophe nach dem Zweiten Weltkrieg zusteuern. Otto Normalverbraucher sitzt endlich, die wieder gewonnene Freiheit genießend, im Biergarten, während die Inflation sein Vermögen auffrisst und die Regierung unsere Wirtschaft mit voller Wucht an die Wand fährt. Die Gas- und Strompreise explodieren. Viele unserer Rentner, die dieses Land nach dem Krieg wieder aufgebaut haben, können sich die Heizkosten nicht mehr leisten. Der Mittelstand wird zerstört. Vom bösen Aggressor Putin dürfen wir kein Gas kaufen, das ist moralisch falsch. Aber mit den Chinesen, die die Menschenrechte mit Füßen treten, betreiben wir regen Handel. Wirtschaftsminister Habeck macht einen Kniefall vor den Saudis, auch dort interessieren Menschenrechte niemand. Was für eine widerliche Doppelmoral. Unterdessen liefert der Energiegigant RWE seit Anfang Juli aus den USA importiertes Fracking-Gas nach Marokko. Irre. Mehr fällt mir dazu nicht mehr ein. Dem Ziel der Regierung: „Kein Fliegen, kein Fleisch, kein Eigenheim“, sind wir ein ganzes Stück näher gerückt. Es braucht nicht einmal mehr Verbote. Wir werden es uns nicht mehr leisten können. Wenn wir diesen Winter im Kalten sitzen und hundertausende Arbeitslose mehr haben, ist es nicht die Schuld Putins. Wir lassen zu, dass Politiker, die oft keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und noch nie etwas gearbeitet haben, die Wirtschaft dieses Landes zerstören. Nein, ich bin kein „Putinverstehler“, ich benutze wie bereits in der Corona-Pandemie, meinen gesunden Menschenverstand, und der sagt mir, hier läuft etwas gewaltig schief!

Marion Faigle

Liebe Leserinnen und Leser von „Klartext – Bürgerzeitung für das Rhein-Main-Gebiet“

Wir freuen uns total, dass wir Ihnen heute bereits die dritte Auflage präsentieren können. Als wir im Juni 2022 begonnen haben, haben wir nicht im Traum daran gedacht, dass wir jetzt bereits zum dritten Mal in Folge die Klartext-RheinMain herausgeben können. Und dass wir die Auflage in so kurzer Zeit auf jetzt mittlerweile mehr als 25.000 Zeitungen steigern konnten.

An dieser Stelle ein **RIESEN DANKESCHÖN** an die vielen fleißigen Menschen, die diese Zeitungen bei jeder Ausgabe ehrenamtlich und voller Tatendrang an unsere Leser verteilen! Und obwohl die vielen regionalen Initiativen und deren Helfer schon einen beachtlichen Teil der Region abdecken, so gibt es immer wieder Menschen, die uns ansprechen und fragen, wie sie an die Zeitung kommen. Nun ist eine weitere Zeitung fertig und nach und nach auch online lesbar.

Die Erstellung einer solchen Zeitung ist mit einigem finanziellen Aufwand verbunden. Besonders die gedruckte Ausgabe muss finanziert werden. Wir freuen uns über jede finanzielle Unterstützung, um zu gewährleisten, dass mindestens alle zwei Monate eine ansprechende Druckausgabe erscheinen kann.

Da wir kein Verein sind, dürfen wir keine Spenden entgegennehmen und somit auch keine Spendenquittungen ausstellen. Es darf also lediglich eine „Schenkung ohne Gegenleistung“ sein. Diese finanzielle Unterstützung kann auf drei Arten erfolgen:

1. Über Ihre lokale Initiative / Verteiler, oder
2. Über unser Konto für Schenkungen, welches wir für solche Zwecke eröffnet haben, auf das Sie einfach Ihre Wertschätzung überweisen können. Hier die Kontodaten:
IBAN: BE50 9673 2423 7418
Kontoinhaber: Chris Barth
Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung
3. Via PayPal: hier die dafür vorgesehene PayPal-Emailadresse:
habicht_hugo(at)hotmail.com
Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung („Geld an einen Freund senden“).

Wir freuen uns über jeden Beitrag, sei er auch noch so klein, und halten es so wie Herr Reichshuster, der auf seiner Homepage sinngemäß schreibt, dass diejenigen, die wenig haben, das Wenige behalten mögen und dass diejenigen, die genug haben, willkommen sind, ihren Überfluss mit uns zu teilen.

An die Verteiler

Liebe Verteiler der Zeitung „Klartext“. Bitte beachtet, wenn Ihr die Zeitungen in Briefkästen werft, die Aufkleber auf den Briefkästen. Dabei gilt folgendes:
Briefkästen ohne Hinweisaufkleber: Dort dürft Ihr die Zeitung ohne Probleme einwerfen. Brief-

kästen mit Hinweisaufkleber „Keine Werbung einwerfen“: Auch hier dürft Ihr gerne die Zeitung einwerfen, weil unsere Zeitung keine Werbung ist. Nur wenn auf den Briefkästen steht „Bitte keine Werbung und keine Zeitungen/redaktionellen Produkte einwerfen“, dann werft die Zeitung dort bitte nicht ein. Danke!

Montagspaziergang Deshalb gehen wir weiter spazieren!

**Regierungen beschließen Einschränkungen und Lockdownmöglichkeiten - ab Oktober! Das kann keiner wollen!
Kommen auch Sie zu den Kundgebungen und Spaziergängen.**

Haben Sie auch geglaubt, dass mit der Aufhebung der xG Auflagen und der Maskenpflicht die Sache vorbei ist? Zumal der Bundestag auch die Impfpflicht für alle abgelehnt hatte?

Dem ist mitnichten so!

Eine allg. Impfpflicht für alle wurde bereits am 08.04.2021 durch die Hintertür der EU beschlossen. Wussten Sie das?

Es gibt immer noch die einrichtungsbezogene C19-Impfpflicht. Regierungen bedrohen uns mit Energielockdowns, Enteignung, Bargeldabschaffung, digitaler Kontrolle und Krieg. Glauben Sie deren „Vertretern“ in Berlin oder gar in Brüssel noch irgendwas? Wenn Scholz verspricht, die Impfpflicht nicht nochmal aufs Tablett zu bringen - glauben Sie ihm das, bei allen Versprechen, welche Politikdarsteller bis heute bereits gebrochen haben?

Es gibt eine Vielzahl guter Gründe, montags und samstags spazieren und demonstrieren zu gehen. Welcher davon motiviert Sie?



Impressum / Redaktion:

H.-M. Müller, D. Hüther, C. Krause, S. Hertwegk, S. Semmler, D. Osterhage, A. Baum, Ch. Barth Grafik, Layout: Kerstin Hamberger, Katja Fornoff Herausgeber: Chris Barth, c/o autorenglück.de, Franz-Mehring-Str. 15, D-01237 Dresden Auflage: 25.000+ / Erscheinungsweise: offen

Haftungsausschluss:

Die veröffentlichten Artikel (Stand Juni-Sept. '22) zielen nicht darauf ab, medizinische oder juristische Beratung zu sein oder zu ersetzen. Alle Angaben ohne Gewähr.
Mail: redaktion@klartext-rheinmain.de
Web: www.klartext-rheinmain.de
Telegram: t.me/klartext_rheinmain

Montagspaziergänge:

Frankfurt:	18:00 Uhr	Römerberg
Darmstadt:	17:00 Uhr	Ludwigsplatz
	& 18:00 Uhr	Neues Rathaus
Großostheim:	18:00 Uhr	Marktplatz
Langen:	18:00 Uhr	Bahnstr./Goethestr
Heppenheim:	18:00 Uhr	Marktplatz
Mainz:	18:30 Uhr	vor dem Landtag
Bensheim:	18:00 Uhr	Marktplatz

Erzhäusen:	18:30 Uhr	Hessenplatz
Marburg:	18:00 Uhr	Elisabeth-Blochmann-Platz
Griesheim:	18:00 Uhr	Rathausplatz
Reinheim:	18:00 Uhr	Stadtpark
Dreieich-Spre:	18:30 Uhr	Bürgerpark
Bad Homburg:	18:30 Uhr	Rathausvorplatz
Weinheim:	18:00 Uhr	Amtshausparkplatz
Bruchköbel:	18:00 Uhr	Altes Rathaus

Weitere Termine unter:
t.me/Demotermine & www.nichtohneuns.de